

## **Wahlprüfsteine der Konferenz Thüringer Studierendenschaften zur Landtagswahl 2014**

### **Studierbarkeit**

*- Neue Daten des Bundesstatistikamtes zeigen, dass in der gesamten BRD nur knapp 50% der Studierenden die Regelstudienzeit einhalten. Auch in Thüringen wird diese teilweise mit extrem hohen Fallzahlen nicht eingehalten. Wie stellt sich Ihre Partei eine Lösung hierfür vor?*

In erster Linie sind die Hochschulen selbst gefordert, stärker auf die Studierbarkeit der angebotenen Studiengänge zu achten. Noch immer sehen viele Bachelor Studienordnungen ein Pflichtpensum vor, das sich eher an den alten Diplom-Studiengängen orientiert. Gerade in MINT-Fächern mit teilweise sehr hohen Abbrecherquoten muss zudem eine exzellente Lehre stärker in den Mittelpunkt gestellt und personell unteretzt werden. Eine Aufhebung oder Verlängerung der Regelstudienzeiten würde die Hochschulen aus ihrer Verantwortung entlassen und damit das Recht der Studierenden auf einen zeiteffizienten Studienablauf beschneiden. Das Land muss über die leistungsorientierte Mittelvergabe stärkere Anreize für eine bessere Betreuung der Studierenden setzen.

*- An der Regelstudienzeit hängt zum Beispiel das BAföG und bei Überschreitung drohen Langzeitstudiengebühren. Wie steht Ihre Partei zu solchen Sanktionen?*

Grundsätzlich sind solche Sanktionen nötig, weil die Kapazitäten der Hochschulen begrenzt sind und ein sparsamer Umgang mit Geldern der Steuerzahler gefordert ist. Wenn einzelne Studierende die Regelstudienzeit aus Gründen überschreiten, auf die sie keinen Einfluss haben – etwa Krankheit oder Probleme in der Organisation der Studiengänge – müssen die Sanktionsmechanismen aber ausgesetzt werden.

*- Bologna, Module, ECTS und Anerkennung: Die Umstellung auf Bachelor und Master ist im Großen und Ganzen durchgeführt, dennoch gibt es noch viel Handlungsbedarf. Wie stellt sich Ihre Partei eine Unterstützung der Hochschulen bei der Umsetzung der Bologna- und KMK-Vorgaben durch die Politik vor?*

Die Verantwortung für eine bessere Studienbedingungen der modularisierten Studiengänge liegt für uns in erster Linie bei den Hochschulen. Auch die Anerkennung von an anderen Hochschulen erbrachten Studienleistungen – die leider in vielen Fällen noch unnötig problematisch ist – muss in den Studienordnungen klar und studierendenfreundlich geregelt werden. In den Ziel- und Leistungsvereinbarungen muss das Land aber stärkere Anreize für Maßnahmen zur Verbesserung der Studierendenzufriedenheit setzen.

*- Es gibt viele Gründe, weshalb Studierende ein Teilzeitstudium aufnehmen – nicht immer wird das möglich gemacht. Wie steht Ihre Partei zu Hürden hinsichtlich der Aufnahme eines Teilzeitstudiums? Welche Übergangsmöglichkeiten zwischen Teilzeit und „normal“ müssen her?*

Die Attraktivität eines Studiengangs und damit des Hochschulstandorts steigt regelmäßig, wenn neben dem Vollzeitstudium auch praktikable Teilzeitleösungen angeboten werden. Da unterschiedliche Fächer auch unterschiedliche Anforderungen an die Studiengangorganisation stellen, müssen die Hochschulen in eigenem Interesse überprüfen, welche Hürden fachimmanent und welche sich mit geeigneten Maßnahmen mit vertretbarem Aufwand beseitigen lassen – und dies dann auch angehen. Gleiches gilt für den Übergang zwischen Voll- und Teilzeitstudium.

*- Wie steht die Ihre Partei zu Zugangshürden wie dem n.c. oder Aufnahmeprüfungen (sowohl Bachelor und Master wie auch Staatsexamen)?*

Zusätzliche Beschränkungen greifen in das Recht auf freie Studienwahl aller ansonsten Hochschulzugangsberechtigten ein. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass sie zu rechtfertigen sind, wenn ein ordnungsgemäßer Studienbetrieb nur mit einer Begrenzung der Studienplätze gewährleistet werden kann.

### **Freiheit von Forschung und Lehre**

*- Wie steht Ihre Partei zur Exzellenzinitiative (des Bundes und des Landes)?*

Der Wettbewerb der durch die Exzellenzinitiative angestoßen wurde hat eine neue Dynamik in die deutsche Wissenschaftslandschaft gebracht. Dem Hochschulsystem wurden zusätzliche Mittel zu Verfügung gestellt. Gleichwohl gab es auch Nebenwirkungen, die nicht ausreichend bedacht wurden. Ein Beispiel dafür sind eine große Zahl von zusätzlichen Promotionsstellen in den Graduiertenkollegs, denen nicht genügend Post-Doc Stellen gegenüber stehen. In den nächsten Jahren gilt es zunächst, Konzepte für die Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative und der durch sie geschaffenen Strukturen zu entwickeln.

*- In einigen Fachbereichen werden sehr sehr viele Drittmittel, in anderen fast gar keine eingeworben. Wie steht Ihre Partei zum Druck auf die Wissenschaftler\*innen, immer mehr Drittmittel einwerben zu müssen?*

Drittmittel sind eine positive Erscheinung für den Wissenschaftsbetrieb, weil sie zusätzliche Mittel für die Hochschulen generieren. Die wettbewerbliche Drittmittelvergabe insbesondere um Mittel der DFG trägt auch zu einer höheren Qualität des Hochschulsystems insgesamt bei.

Die Mittel zur Grundfinanzierung der Hochschulen sind aber auch in Thüringen nur mit deutlich geringeren Steigerungsraten gewachsen als die Drittmiteleinwerbungen. Ein höherer Anteil von Drittmitteln bedeutet jedoch, dass die Hochschulen mit einem wachsenden Teil ihrer Etats nicht längerfristig planen können. Teilweise müssen Drittmittel zum Stopfen von

Löchern genutzt werden. Deshalb kann es vorkommen, dass mehr Zeit für Forschungsanträge verwendet wird, als für die eigentliche wissenschaftliche Arbeit.

Nur eine deutliche Erhöhung der Grundmittel der Hochschulen kann ein ausgewogeneres Verhältnis wiederherstellen. Ohne eine substantielle Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen wird dies allerdings nicht zu finanzieren sein.

*- Was hält Ihre Partei von der Unterscheidung in Fachhochschulen und Universitäten?*

Nach der Umstellung auf Bachelor und Master vergeben Fachhochschulen mittlerweile die gleichen Abschlüsse wie Universitäten. Der Zugang von Absolventen der Fachhochschulen zur Promotion an den Universitäten muss deshalb gleichberechtigt sein. Das ist leider in der Praxis längst noch nicht immer der Fall. Bei weiteren Bemühungen der Fachhochschulen zur Angleichung an die Universitäten sollten sie nicht ihre Stärke – die praxisnahe Forschung und Lehre für das regionale Umfeld – aufs Spiel setzen.

*- Welche Einstellung hat Ihre Partei zu einer Zivil- oder Friedensklausel? Sollte eine entsprechende Klausel landesweit Geltung bekommen?*

Nein, Zivilklauseln sind ein ungerechtfertigter Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit und sind allein schon deshalb rechtlich fragwürdig. Abgesehen davon gibt es immer unauflösbare Abgrenzungsfragen. Zivilklauseln drücken zudem ein unterschwelliges Misstrauen gegenüber Wissenschaftlern aus. Wir setzen stattdessen auf die Eigenverantwortung und Selbstverwaltung der Wissenschaft. Im Übrigen finden wir es unredlich, die Bundeswehr in Einsätze zu schicken, aber Forschung und Entwicklung an staatlichen Hochschulen verbieten zu wollen, die die Ausrüstung und die Sicherheit ihrer Soldaten verbessert.

## **Demokratisierung der Hochschulen**

*- Was hält Ihre Partei von einer verpflichtenden paritätischen Besetzung der Gremien der akademischen Selbstverwaltung, wenigstens aber der Senate und Fakultätsräte?*

Das Bundesverfassungsgericht hat einer möglichen gleichberechtigten Beteiligung aller Statusgruppen an der akademischen Selbstverwaltung enge Grenzen gesetzt. Ausgeschlossen von der paritätischen Mitwirkung sind danach insbesondere Entscheidungen, die unmittelbar Forschung und Lehre betreffen. Eine pauschale Verpflichtung zur paritätischen Besetzung der Gremien wäre deshalb grundgesetzwidrig. Die Hochschulen sind aber in jedem Fall gut beraten, die Meinung der Studierenden einzuholen und stärker zu berücksichtigen.

*- Oft sind Gremiensitzungen so gelegt, dass es schwierig ist an diesen teilzunehmen (bspw. wegen parallel laufenden Veranstaltungen). Wie könnte der Ansicht Ihrer Partei nach eine Lösung hierfür aussehen, damit gerade auch Studierende ohne „bestraft“ zu werden partizipieren können?*

Die akademische Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Die Hochschulgremien sind deshalb gut beraten, Sitzungen so zu terminieren, dass alle Statusgruppen auch daran teilnehmen können. Gewählten Studierendenvertretern dürfen aus der Teilnahme an Gremiensitzungen möglichst keine akademischen Nachteile entstehen. Wenn aus organisatorischen Gründen eine terminliche Überschneidung von Lehrveranstaltungen und Gremiensitzungen nicht zu vermeiden ist, sollten die Hochschulleitungen und Dekanate darauf hinwirken, dass Studien- und insbesondere Prüfungsleistungen unbürokratisch nachgeholt werden können.

*- Wenn Ihre Partei nach der Wahl an der Regierung beteiligt ist, würde sie sich dafür stark machen, dass gesetzliche Landesstudierendenvertretungen in anderen Bundesländern eingeführt werden (so noch nicht vorhanden)?*

Da die Entscheidung zur Einrichtung einer gesetzlichen Landesstudierendenvertretung in der alleinigen Hoheit eines jeden Landes liegt, ist eine über Empfehlungen hinausgehende Einflussnahme nicht möglich.

### **Gute Arbeit an Hochschulen**

*- Studierende, die als Hilfskräfte an Hochschulen arbeiten, haben in der Regel meist nur kurzfristige Verträge. Tarifverträge oder Personalvertretungen gibt es nicht. Wie steht Ihre Partei dazu?*

Wenn sich Modelle finden, die die besonderen Anforderungen des Hochschulbetriebs und nicht zuletzt der Studienorganisation erfüllen, steht die FDP Thüringen Tarifverträgen oder einer Berücksichtigung in den Personalvertretungen grundsätzlich offen gegenüber. Da studentische Hilfskräfte aber eben auch Studierende sind, sind auch die Studierendenvertretungen gefordert, sich stärker für deren Belange einzusetzen.

### **Ausbau wissenschaftlicher Infrastruktur**

*- Viele Studierende wünschen sich, dass Literatur für das Studium, ob Standardwerk oder neuestes Journal, kostenfrei und digital zur Verfügung gestellt wird. Wie steht Ihre Partei dazu?*

Dieser Wunsch ist nachvollziehbar. Dazu bedarf es jedoch einer Einigung mit den Rechteinhabern und gegebenenfalls einer nachträglichen Digitalisierung. Die Hochschulgremien entscheiden dann selbstständig inwieweit sie bei der Verwendung der Bibliotheksmittel Prioritäten setzen. Eine auskömmliche Hochschulfinanzierung ist dafür die beste Voraussetzung.

*- Viele Studierende wünschen sich in den Hochschuleinrichtungen, wie Bibliothek oder Rechenzentrum, längere Öffnungszeiten, bessere Technik oder mehr Literatur. Können diese Wünsche nach der Ansicht Ihrer Partei erfüllt werden?*

Auch dies ist in erster Linie eine Frage von Prioritätensetzungen innerhalb der Hochschulen. Die FDP wird sich aber dafür einsetzen, mit einer auskömmlichen Hochschulfinanzierung die Spielräume dafür deutlich zu erhöhen.

### **Hochschule als inklusiver Lebensraum**

*- Was hält Ihre Partei von einer Frauenquote, wenigstens im Sinne eines Kaskadenmodells, für wissenschaftliches Personal (Mitarbeiter\*innen wie Professor\*innen) an Hochschulen?*

Die Hochschulen sind gefordert, den Anteil von Frauen am wissenschaftlichen Personal und auch an der Professorenschaft deutlich zu steigern. Das sollten sie schon aus eigenem Interesse tun, weil ihnen ansonsten wissenschaftliche Talente in großem Umfang verloren gehen. Die Hochschulen stehen dabei aber vor der besonderen Herausforderung, dass ein Lehrstuhl für einen sehr langen Zeitraum besetzt wird und wissenschaftliche Kriterien bei Neuberufungen im Vordergrund stehen müssen.

Anreizsysteme bei der wettbewerblichen Mittelvergabe sind hochschuladäquater als verbindliche Quoten. Die Hochschulen sind auch gefordert Frauen interessante Arbeitsbedingungen zu bieten, dies gilt gerade für Fächer, die bereits bei der Studienwahl vor allem von Männern präferiert werden. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert die Chancen unserer Hochschulen, exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler zu gewinnen.

*- Hochschulzugang ohne Abitur: Wie kann das nach Ansicht Ihrer Partei gut funktionieren?*

Beruflich Qualifizierte ohne formale schulische Hochschulzugangsberechtigung dürfen auch in Thüringen unter bestimmten Bedingungen ein Hochschulstudium aufnehmen. Die Hochschulen sollten solche Studierende als Bereicherung empfinden, die mehr praktische Erfahrung in den Hochschulalltag einbringen. Deren Erfolgsaussichten lassen sich durch eine gute Studienberatung und -betreuung steigern. Vorkurse, Tutorien und ähnliche Angebote, die auf die besonderen Anforderungen dieser Zielgruppe zugeschnitten sind, haben sich dazu bewährt.

*- Das grundständige Studium ist gebührenfrei. Nicht eingeschlossen sind hierbei zum Beispiel freiwillige Sprachkurse an Hochschulen. Welche Position vertritt Ihre Partei zu derartigen Bildungsgebühren?*

Die Hochschulen müssen mit den zugewiesenen Mitteln des Landes – also Steuergeldern – genauso wie alle anderen staatlichen Einrichtungen auch sparsam umgehen. Die ohnehin knappen Mittel sind deshalb zunächst für die Absicherung der Kernaufgaben zu verwenden, und damit nicht zuletzt für eine gute Lehre in den angebotenen Studiengängen. Darüber hinausgehende Bildungsangebote werden nur von einem Teil der Studierenden wahrgenommen und stellen für die Nutzer einen Mehrwert zum Studium dar. Dass zur

Finanzierung dieser zusätzlichen Angebote Gebühren erhoben werden, ist deshalb durchaus gerechtfertigt.

## **Studierendenwerk**

*- Mensa, Wohnheim, Beratung: Das Studierendenwerk bietet wichtige Leistungen für Studierende an. Auch wenn es vom Land Thüringen mitfinanziert wird ist der Beitrag der Studierenden in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Was wird Ihre Partei tun, um ein weiteres Ansteigen zu verhindern?*

An einem Ausgleich für die allgemeinen Kostensteigerungen, die am Studierendenwerk nicht vorbeigehen, werden sich der Freistaat über höhere Zuweisungen aus dem Landeshaushalt, aber auch die Studierenden über die Beiträge beteiligen müssen.

*- Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Leistungen des Studierendenwerks in Qualität und Quantität steigen, ohne zusätzlich Studierende zu belasten? (z.B. Wohnheim(plätz)e, Öffnungszeiten Mensen, ...)*

Ganz ohne höhere Beiträge werden Leistungsausweitungen nicht möglich sein. Die Studierenden erhalten dafür schließlich auch einen Mehrwert. Die Studierenden und ihre Vertreter müssen selbst darüber befinden, welche Leistungen des Studierendenwerks zu welchen Beiträgen sie wollen.

## **Finanzierung**

*- Der StEP und die 4%: Spätestens seit vergangenem Dezember wissen die Studierenden, dass den Hochschulen Personalabbau bevorsteht und teilweise Studiengänge eingestellt werden müssen. Wie sieht für Ihre Partei die Finanzierung der Hochschullandschaft Thüringens in der kommenden Legislatur aus?*

Hochschulen müssen sich in ihren Strukturen stetig entwickeln können. Dass Hochschulen ihre Schwerpunkte ausbauen und dafür weniger nachgefragte oder weniger profilprägende Studiengänge aufgeben, ist grundsätzlich unumgänglich. Das Land tritt als Besteller von Leistungen der Hochschulen auf. Es muss deshalb deutlich machen, welche Angebote es erwartet und diese auskömmlich finanzieren sowie Kostensteigerungen ausgleichen. Der Abbau von bestehenden Studienplatzkapazitäten kann nur mit einer substanziellen Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung der Hochschulen – für die eine Änderung des Grundgesetzes nötig ist – abgemildert werden.

*- An vielen Hochschulen gibt es veraltete, teils marode Gebäude. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Investitionsstau in der Bausubstanz zu beheben?*

Seit der Wiedergründung des Freistaats Thüringen wurde für den Ausbau unserer Hochschulen sehr viel Geld investiert und damit auch sehr viel erreicht. Dies hat höchste

Anerkennung verdient. Gleichzeitig gibt es tatsächlich nachwievor noch großen Investitionsbedarf. Mit Bundesmitteln aus dem Entflechtungsgesetz und EU-Mitteln ließe sich ein Großteil der dringlichsten Baumaßnahmen in den nächsten Jahren finanzieren.

*- Wie wird Ihre Partei die Hochschulen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unterstützen?*

Die größte Herausforderung für die Hochschulen zur Umsetzung der UN-Konvention ist vor allem die Schaffung der baulichen, technischen und personellen Voraussetzungen für einen möglichst barrierefreien Zugang zu Hörsälen, Labors etc. Die Hochschulen sind aber auch gefordert, in der Organisation von Studiengängen auf die Belange von Studierenden mit Beeinträchtigungen Rücksicht zu nehmen. Das Land muss mit einer auskömmlichen Finanzierung der Hochschulen sicherstellen, dass solche Maßnahmen möglich sind.

### **Infrastruktur und Mobilität**

*- Die Solidartickets ermöglichen es Studierenden, relativ günstig am Hochschulstandort und in Thüringen mobil zu sein. Bei Beitragshöhen von bis zu 130 Euro kann über die soziale Verträglichkeit gestritten werden. Könnte sich Ihre Partei vorstellen, hier einzugreifen und wenn ja wie?*

Die Beiträge für das Semesterticket sind vor allem für Studierende, die das Ticket kaum nutzen ohne Frage sehr hoch. Die Bedingungen des Semestertickets werden zwischen den Vertretern der Studierenden und den Anbietern des ÖPNV verhandelt und anschließend allen Studierenden zur Abstimmung gestellt. Das bedeutet aber auch, dass die Studierendenvertretungen eigenverantwortlich darüber entscheiden, welche Leistungen im Semesterticket enthalten sein sollen und ob es beispielsweise Abwahl-Optionen geben kann.

### **Lehrer\*innenbildung**

*- Seit langem schwelt eine Strukturdebatte rund um die Lehrer\*innenbildung in Thüringen. An der Uni Erfurt wird im Bachelor-Master-System ausgebildet, an der FSU Jena wird das Staatsexamen erhalten. Welche strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei im Bereich der Lehrer\*innenbildung und würde sie vorantreiben?*

Beide Modelle haben jeweils ihre Stärken, sodass eine Vereinheitlichung zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig ist. Auf längere Sicht werden sich die Hochschulen allerdings auf ein Modell einigen müssen, und zwar spätestens dann, wenn eine stärkere Kooperation in der Lehrerbildung deutlich behindert würde. Dabei sollten möglichst viele positive Aspekte der beiden Modelle einfließen.

*- Welche Vorstellung hat Ihre Partei von der Personalentwicklung im Bereich Elementar-, Primar- und Sekundarbildung?*

Wir brauchen ein belastbares Personalentwicklungskonzept für den Thüringer Schuldienst, das die zukünftigen Bedarfe in den verschiedenen Schularten und Fächerkombinationen beschreibt und mit Einstellungskorridoren untersetzt. Die Kommunen sollten dies für den Kita-Bereich ähnlich handhaben. Studieninteressierte können dann entscheiden, in welchen Studiengängen sie die besten Karrieremöglichkeiten haben.